

SPERRFRIST: 1. Mai 2023, Redebeginn

REDE zum Tag der Arbeit am 1. Mai 2023 in Bremen

Es gilt das gesprochene Wort!

Elke Hannack

Stellvertretende DGB-Vorsitzende



Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir stehen heute am 1. Mai zusammen und setzen ein Zeichen für eine solidarische, friedliche und sichere Zukunft. Denn gemeinsam sind wir Ungebrochen solidarisch! Und das ist notwendiger denn je. Denn die Welt befindet sich im Krisen-Dauermodus. Energiekrise, Klimakrise, der Krieg in der Ukraine, hohe Inflation – das alles belastet sehr und stürzt viele Menschen in Unsicherheit und große existenzielle Sorgen. Wir Gewerkschaften kämpfen lautstark für Entlastungen, weil wir gemeinsam mehr erreichen können. Erreicht haben wir zum Beispiel die Energiepreisbremse oder die Einmalzahlungen an Beschäftigte, Rentner*innen und Studierende, die es sonst so nicht gäbe.

Nicht nur am Tag der Arbeit setzen wir uns für Mitbestimmung und faire Arbeitsbedingungen sowie einen starken Sozialstaat ein. Ganz sicher sind hier unter Euch auch Beschäftigte aus dem öffentlichen Dienst.

Ihr seid in den vergangenen Wochen auf die Straße gegangen und habt eindrucksvoll deutlich gemacht, was euch zusteht. Ohne Euren Einsatz würde es dieses respektable Tarifergebnis nicht geben. Die Tarifverhandlungen mit Bund und Kommunen waren schwierig. Das waren sie auch deshalb, weil die Arbeitgeber lieber untereinander gestritten haben, als ernsthaft mit uns zu verhandeln.

Dabei ist eines klar: Ihr habt mehr verdient! Ihr habt mehr verdient, weil ihr den Laden am Laufen haltet. Ihr habt mehr verdient, weil ohne euch der Müll nicht abgeholt, unsere Kinder nicht betreut und unsere Kranken nicht gepflegt werden würden. Ihr habt mehr verdient, weil ihr seit Jahren fehlendes Personal kompensiert und schlechte Arbeitsbedingungen ertragt, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Doch sicher ist: Die Tarifforderung der Gewerkschaften und ihr Beharren sind wichtig! Sie sind wichtig und richtig, weil ihr Respekt und Wertschätzung verdient habt. Dazu gehört es auch, Reallohnverluste zu verhindern.

Viele Beschäftigte leiden unter der hohen Inflation. Vor allem Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen. Familien mit Kindern ganz besonders, denn die Ausgaben für Energie und Lebensmittel fressen einen Großteil ihres Einkommens auf.

Deshalb sind die jüngsten Tarifaueinandersetzungen und die schon erreichten Tarifabschlüsse absolut notwendig und richtig. Deshalb ist es wichtig, dass das Tarifergebnis bei den unteren Einkommen ein Plus von über 16 Prozent bedeutet. Und da lassen wir uns auch nicht das Märchen von einer Lohn-Preis-Spirale erzählen. In Wahrheit haben wir eine Preis-Gewinn-Spirale. Viele Konzerne konnten riesige Gewinne einfahren, sowohl während der Coronakrise als auch in der Energiekrise. Sie konnten fleißig Dividenden ausschütten und sollen uns nicht erzählen, für die Beschäftigten sei nichts drin!

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

was mich aber in den letzten Wochen richtig wütend gemacht hat: Da haben ver.di und die EVG an einem Tag zum Warnstreik aufgerufen, um ihre berechtigten Interessen durchzusetzen. Und sofort beginnt eine unsägliche Diskussion über das Streikrecht!

Da hörten wir tagelang, das Streikrecht müsse eingeschränkt oder reformiert werden. Dabei wissen wir doch, was sie wollen. Sie wollen uns das fundamentale Recht nehmen, für unsere Interessen auf die Straße zu gehen. Und das geht gar nicht! Denn das Streikrecht sorgt für Augenhöhe, wenn es um Tarifverhandlungen geht.



Mehr noch: Es ist ein demokratisches Grundrecht. Wer es in Frage stellt, will hier einseitig Umverteilung zugunsten der Arbeitgeber betreiben. Wir sagen: Finger weg vom Streikrecht! Der Arbeitskampf schützt vor Willkür und ist Voraussetzung für Verhandlungen, damit Beschäftigte für faire Löhne und bessere Arbeitsbedingungen nicht „kollektiv betteln“ müssen. Gerade in Krisenzeiten braucht es starke Tarifergebnisse!

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

in Zeiten von Fach- und Arbeitskräftemangel brauchen wir bessere Arbeitsbedingungen und höhere Löhne. Sie sind Voraussetzungen dafür, die Fachkräftelücke zu schließen. Aber ich habe den Eindruck, dazu soll es erst gar nicht kommen. Immer noch sperren sich Arbeitgeberverbände, insbesondere die BDA, gegen eine Erhöhung der Tarifbindung. Manche fordern gar längere Arbeitszeiten oder einen späteren Renteneintritt. Was die Arbeitgeberverbände damit meinen ist klar: Sie wollen, dass wir mehr und länger arbeiten. Und da sagen wir: Nicht mit uns, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen!

Und dann kommt noch dazu, dass sie uns unterstellen, wir hätten keinen Bock auf Arbeit. Ich sage hierzu klar und deutlich: Doch, wir haben Bock auf Arbeit! Wir haben Bock auf gute und gesunde Arbeitsbedingungen! Wir haben Bock auf Arbeitszeiten, die zum Leben passen. Wir wollen partnerschaftliche Arbeitszeiten – denn Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist nicht nur Frauensache.

Wir haben hingegen keinen Bock auf unbezahlte Überstunden. Und wir haben auch keinen Bock darauf, dass wir von der Arbeit ausgebrannt sind. Nur ein Beispiel: 300.000 Pflegekräfte könnten sich vorstellen, in ihren Beruf zurückzukehren – wenn sich endlich die Bedingungen deutlich verbessern. Und wenn manche glauben: Dann holt man eben Pflegekräfte aus dem Ausland, die werden miese Arbeitsbedingungen schon schlucken, irren sie sich! Unser Wille, für faire Bezahlung, gute und gesunde Arbeitsbedingungen, ist ungebrochen!

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

alle sprechen von Fachkräftemangel. Sicher ist: Gerade in Branchen, die vom Strukturwandel besonders betroffen sind, wird die Nachfrage nach gut ausgebildeten Fachkräften weiter steigen.

Umso skandalöser ist es, dass erstmals mehr als 2,5 Millionen junge Menschen keinen Berufsabschluss haben. Tendenz steigend. Diesen jungen Menschen droht ein Erwerbsleben mit unsicheren Jobs, wenig Perspektiven und geringen Löhnen. Obendrein fehlen uns diese jungen Menschen als Fachkräfte, die wir so dringend brauchen. Wir brauchen jetzt endlich bessere Unterstützungsangebote am Übergang zwischen Schule und Ausbildung sowie eine bessere Berufsorientierung für alle!

Die Ausbildungsgarantie auf Bundesebene ist ein erster Schritt, um jungen Menschen in bestimmten Regionen eine Garantie auf eine Ausbildung zu geben. Und dies ist auch ein Riesenerfolg unserer Gewerkschaftsjugend, die in den letzten Monaten mit einer bundesweiten Kampagne und in jedem Wahlkreis Druck ausgeübt haben, dass die Garantie doch noch in den Gesetzentwurf reinkommt. Gut gemacht! Nun muss die Garantie jetzt aber auch zügig umgesetzt werden.

Klar ist: Wir brauchen mehr betriebliche Ausbildung. Nur noch knapp 19 Prozent der Betriebe bilden aus. Wir fordern deshalb eine Umlagefinanzierung, um die Kosten zwischen ausbildenden und nicht ausbildenden Betrieben fairer zu verteilen. Und um mehr in die Qualität der Ausbildung investieren zu



können. In Bremen ist genau dieser Weg eingeschlagen worden, dem andere Bundesländer nun auch folgen sollten. Wir werden hier weiter Druck machen und dranbleiben!

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

die Herausforderungen im Bildungssystem sind enorm! Wir brauchen massive Investitionen in Bildung und Weiterbildung, sonst schlittern wir direkt in eine Bildungskatastrophe hinein.

Umso fataler, dass in Deutschland Bildungschancen noch immer stark von der sozialen Herkunft abhängen. Noch immer verfehlen viel zu viele junge Menschen einen Schulabschluss. Hinzu kommt der Fach- und Lehrkräftemangel im Bildungswesen, der wichtige bildungspolitische Vorhaben wie den Ganztagsausbau und den Ausbau der frühkindlichen Bildung auszubremsen droht. Dabei ist der Ausbau für mehr Chancengleichheit elementar, um gesellschaftliche Teilhabe für alle zu ermöglichen. Denn besonders Kinder aus ärmeren Familien bleiben abgehängt.

Jetzt hat sich die Ampelregierung im Bund ja die Kindergrundsicherung in den Koalitionsvertrag geschrieben. Für diese Regierung soll es eines der wichtigsten sozialpolitischen Anliegen sein. Doch jetzt streiten sich die Ampelparteien wie die „Berserker“ über die Finanzierung der Kindergrundsicherung. Dabei wächst jedes fünfte Kind in Deutschland in Armut auf. Und das in einem reichen Land wie Deutschland!

Und gestritten wird darüber, was es kosten darf, die Armut von knapp drei Millionen Kindern zu verringern. Am besten gar nichts! Und deshalb fordere ich Bundesfinanzminister Herrn Lindner ausdrücklich auf: Hören Sie mit dieser Blockade auf!

Es geht doch darum, dass für Kinder mehr als bisher bezahlt werden muss. Im derzeitigen Regelsatz für Kinder sind für Essen und Trinken 4,50 Euro pro Tag vorgesehen. Für Kinderbücher sind es 2,80 Euro im Monat. Das reicht doch vorne und hinten nicht. Das ist schlicht armselig!

Dafür muss Geld in die Hand genommen werden. Diese Kinder sind unsere Zukunft und sollten es uns wert sein. Das Geld ist da! Es ist nur eine Frage von Umverteilung!

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

nicht erst seit der Pandemie haben wir gesehen, wie hart die Folgen der Krisen vor allem für Frauen und Alleinerziehende sind. Frauen verdienen im Durchschnitt nach wie vor 18 Prozent weniger als Männer. Das heißt, die Preissteigerungen treffen Frauen noch härter.

Als Gewerkschaften setzen wir uns für eine soziale und gerechte Arbeitswelt ein – und dieses Ziel werden wir ohne die Gleichstellung von Frauen und Männern nicht erreichen. Leider bleibt hier noch viel zu tun.

Denn eine gleichberechtigte Teilhabe von Frauen am Arbeitsmarkt haben wir in Deutschland – trotz der vielen Fortschritte in den vergangenen Jahren – noch nicht erreicht. Frauen haben nach wie vor insgesamt deutlich schlechtere Beschäftigungs- und Aufstiegschancen als Männer. Sie arbeiten häufiger, oft unfreiwillig, in Teilzeit oder geringfügiger Beschäftigung.

Die Folgen für Frauen sind fatal und die Zahlen sprechen Bände: Acht von zehn erwerbstätigen Frauen können mit ihrem Einkommen langfristig weder für sich und ein Kind vorsorgen.



Jede vierte erwerbstätige Frau kann nicht einmal kurzfristig ihre eigene Existenz sichern – ein Misstand, den wir als Gewerkschaften nicht hinnehmen!

Die mangelnde Teilhabe von Frauen am Arbeitsmarkt stellt aber nicht nur für die betroffenen Frauen selbst, sondern auch für unsere Volkswirtschaft ein enormes Problem dar. Trotzdem kommt in der Debatte um die Fachkräftesicherung das enorme Beschäftigungspotenzial von Frauen oft zu kurz – und das, obwohl Frauen viel zu oft gegen ihren Willen in der Teilzeitfalle und der Minijob-Sackgasse feststecken.

Die Hürden für Frauen im Erwerbsleben müssen endlich abgebaut werden! Denn ohne Gleichstellung keine Fachkräftesicherung! Und die Löhne müssen rauf, gerade in den frauendominierten Berufen, damit sich Erwerbsarbeit für Frauen lohnt und finanzielle Sicherheit bietet – auch und gerade in Krisenzeiten.

Und Kolleginnen und Kollegen: Wir müssen die Fehlanreize im Steuersystem jetzt endlich beseitigen. Und deshalb fordern wir die Abschaffung des Ehegattensplittings und der Lohnsteuerklasse V. Auch die Minijobs gehören abgeschafft. Jede Beschäftigung muss ab dem ersten Euro sozialversicherungspflichtig sein.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

mit unserer Solidarität und dem Kampf für mehr Gleichberechtigung stehen wir in guter Tradition. Seit dem Beginn unserer Gewerkschaftsbewegung kämpfen wir als Gewerkschaften – und als Frauen in den Gewerkschaften – für echte Gleichberechtigung.

Und das ist heute wichtiger denn je. Denn das Jahrzehnt der Gleichstellung, das die Ampelkoalition in Aussicht stellt, ist mit der Corona-Pandemie gestartet. Seit über einem Jahr finden wir uns in einer Realität wieder, die unsere Vorstellungskraft erst einmal überforderte.

Mit dem völkerrechtswidrigen Angriff Russlands auf die Ukraine ist der Krieg nach Europa zurückgekehrt. Als Gewerkschaften verurteilen wir die kriegerische Aggression auf das Schärfste!

Der DGB und seine Gewerkschaften sind Teil der Friedensbewegung! Wir solidarisieren uns weltweit mit den Menschen, die von Kriegen betroffen sind. Und wir wissen, dass insbesondere Frauen in kriegerischen Auseinandersetzungen besonders leiden. Deshalb solidarisieren wir uns mit den Frauen in Afghanistan, im Iran, in der Ukraine und mit Frauen weltweit und setzen uns aktiv für den Schutz ihrer Rechte ein. Denn Frauenrechte sind Menschenrechte!

Daher sind wir nicht nur am 1. Mai, sondern auch an jedem anderem Tag „Ungebrochen solidarisch“!

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

unser Dank am Tag der Arbeit gilt allen Kolleginnen und Kollegen, die unermüdlich dafür kämpfen, damit die Krisen nicht auf den Rücken der Beschäftigten ausgetragen werden. Durch die engagierte Arbeit von euch als Betriebs- und Personalräte stärkt ihr die Demokratie in den Betrieben und in der Gesellschaft. Dafür Danke! Denn Gute Arbeit und Mitbestimmung sind für den sozialen Zusammenhalt und eine starke Demokratie unerlässlich. Wir gestalten die Transformation gemeinsam. Denn nur so kann es gehen und eure Rolle ist dabei wichtiger denn je.



Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

bis Ende Mai finden die Sozialwahlen statt. Rund 52 Millionen Versicherte und Rentnerinnen und Rentner entscheiden bei der Sozialwahl darüber, wer sie in der Rentenversicherung und bei den Krankenkassen in den Sozialparlamenten vertritt. Als Gewerkschaften werden wir uns für bessere Leistungen einsetzen. Daher meine Bitte: Wählt und bestimmt mit!

Unsere Unterstützung gilt auch den Kolleginnen und Kollegen, die sich in aktuellen Tarifverhandlungen befinden. Die DGB-Gewerkschaften verhandeln in diesem Jahr Tarifverträge für knapp elf Millionen Beschäftigte! Nach langem Ringen haben wir als Gewerkschaften erreichen können, dass die Stärkung der Tarifbindung in der Politik auf dem Schirm ist. Im Juni soll der Entwurf für ein Tariftreuegesetz auf Bundesebene vorliegen. Aufträge des Bundes sollen nur noch an Unternehmen vergeben werden, die nach Tarif bezahlen. Gut so! Zudem hilft uns die Europäische Union mit einer neuen Richtlinie, die besagt, dass, wenn in einem europäischen Staat die Tarifbindung unter 80 Prozent rutscht, dann muss dieser Staat einen Aktionsplan aufstellen, um die Tarifbindung zu erhöhen. Und in Deutschland arbeiten nur noch 52 Prozent der Beschäftigten in einem tarifgebundenen Betrieb. Das ist eindeutig zu gering. Wir brauchen dringend einen solchen Nationalen Aktionsplan zur Stärkung der Tarifbindung!

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

der 1. Mai ist unser Tag. Dennoch blicken wir auf morgen – den 2. Mai. Denn zum 90. Mal jährt sich die Zerschlagung der freien Gewerkschaften. An diesem Tag stürmten 1933 die Nationalsozialisten im ganzen Land Gewerkschaftshäuser, Büros und Wohnungen. Gewerkschafter*innen, die sich der Gleichschaltung der Gewerkschaften widersetzen, wurden verschleppt, gefoltert und getötet. Die DGB-Gewerkschaften haben aus der nationalsozialistischen Verfolgung und Unterdrückung die Lehre der Einheitsgewerkschaft gezogen. Nichts darf uns spalten und schwächen. So trägt unser Mai-Motto „Ungebrochen solidarisch“ auch die Botschaft des 2. Mai in sich. Wir werden immer entschlossen gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Intoleranz handeln. Wir wollen in einer starken Demokratie mit all ihrer Vielfalt leben und kämpfen gegen Hass und Hetze!

Ihr wählt am 14. Mai eine neue Bürgerschaft. Beteiligt euch am Wahltag zahlreich an diesem demokratischen Prozess!

Vielen Dank und Glück auf!